

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittwochs Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitsseite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise, Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbepreise unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Aushand, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 146

Dienstag, den 10. Dezember 1929

31. Jahrg.

Neues in Kürze.

Die Pariser Presse zeigt sich recht aufgeregt über Schachts Memorandum und kommentiert dasselbe in wenig freundlicher Weise.

Am politischen Esim hat die Regierung eine schwere Niederlage erlitten, man glaubt aber nicht, daß sie die Konsequenz, den Rücktritt, ziehen wird.

Eine Anzahl führender Generale und Politiker verlangt die Verschärfung des Übergangsgesetzes, ohne die an eine innere Befriedigung nicht gedacht werden könne.

Durch eine Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste ist deren Leistungsfähigkeit erheblich gestärkt worden.

Eine Aktion Dr. Schachts.

Der Reichsbankpräsident gegen „Verfälschung“ des Youngplans.

— Berlin, 6. Dezember.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den zuständigen Stellen eine zwölfseitige Denkschrift zum Youngplan überreicht, die er damit begründet, daß für die Entlastung und Durchführung des Planes Entscheidungen und Maßnahmen innerhalb und außerhalb Deutschlands getroffen worden seien, die es ihm unmöglich machen, weiter zuzusehen, wie die Absichten des Youngplans verstoßen und seine Erfolgsaussichten gefährdet werden.

Die Voraussetzungen, unter denen er, Schacht, die Annahme des Youngplans durch seine Unterzeichnung empfohlen habe, waren erstens, daß die darin enthaltenen gemeinsamen Empfehlungen und Vorschriften reiflos und von allen beteiligten Mächten angenommen und geachtet würden. Die zweite Voraussetzung war, daß die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik geordnet und auf erleichterte Tragung der Lasten des Youngplans abgestellt wurde. „Deshalb seit der Unterzeichnung des Youngplans sechs Monate verstrichen sind, leide ich nicht, daß die ausländischen Regierungen oder die Reichsregierung diesen beiden Voraussetzungen Rechnung getragen haben, vielmehr erfüllt mich das, was inzwischen geschehen ist, als unangenehm und wehen scheint, mit der altertümlichen Vorahnung.“ Dr. Schacht macht dann die vielen Bedenken in allen Einzelheiten geltend und schließt mit folgender Feststellung: „Ich habe mit allem Nachdruck die Agitation gegen den Youngplan bekämpft, ich halte das eingeleitete Volksgehären, das dieser Aktion dient, für einen schweren Fehler, weil es eine sinn- und ferne Verleugung unserer Interessen unter dem Youngplan untergräbt. Aber gerade weil ich mich für die Annahme des Youngplans einsetze, wünsche ich nicht teilzuhaben an seiner Verfälschung.“

Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Youngzahlungen hinaus noch weitere beliebige Millionen oder Milliarden zahlen oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder morgigen noch gesteigerten Wirtschaftslage des Youngzahlungen aufzufrieden in der Lage ist.

Die Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Schacht über die verfahrensmäßige Auslegung des Youngplans ist in allen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Wenn auch über die Art und Weise des Vorgehens des Reichsbankpräsidenten zunächst noch Unklarheit besteht, herrscht dennoch Einmütigkeit darüber, daß Schacht sehr schwerwiegende Beweggründe für einen so aufsehenerregenden Schritt gehabt haben muß. Es muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß Schacht schon früher in einer reichlich überschüssigen Form in der Öffentlichkeit auftrat, wobei er mehr persönliche als allgemeines Interesse in den Vordergrund hob und das alles immer mit einer überstrahlenden Pöhllichkeit.

Wenn so gegen diese Methode der Pöhllichkeit, die Herrn Schacht so eigen ist, die härteste Frontstellung eingenommen werden muß, so soll das nicht hindern, nach der sachlichen Seite seine Darlegungen zu prüfen. Und da muß vorerst einmal außenpolitisch festgestellt werden, daß die Entente wirklich erkennen dürfte: jetzt muß aber einmal Schluß gemacht werden mit den Forderungen an Deutschland. Schacht hat in einer ganzen Anzahl von Punkten durchaus recht; das gilt insbesondere für den deutsch-englischen Liquidationsvertrag. Weiter muß aber hinzugefügt werden, daß in einer Anzahl von Dingen ein laider Ertz nicht aufgenommen wäre, wenn die Pariser Sachverständigen sich auf eine klarere Formulierung geeinigt hätten. Daß ein deutsch-belgisches Wartabkommen notwendig wäre, wußte Herr Schacht, und was das deutsch-polnische Liquidationsabkommen anlangt, so sind das einzuwickeln nicht ungelegte Eier, denn dieses Abkommen ist noch nicht ratifiziert und seine Annahme durch das polnische sowohl als auch durch das deutsche Parlament erscheint noch zweifelhaft.

Daß innerpolitisch eine notwendige Lastenerleichterung eintreten muß, ist klar. Gewiß hat Herr Hilferding hier allzu lange geredet. Ob er oder ob sein Staatssekretär aber ob alle beide die Schuld tragen, braucht in diesem Augenblick nicht untersucht zu werden. Wichtig ist, daß diese Dinge vor dem Wähltag von dem Reichstag abgehandelt hat sich gerade in dieser Woche mit den Fragen der Finanzverwaltung eingehend beschäftigt. Es muß erwartet werden, daß sich in der Reichsversammlung und im Reichstag die

lenigen Kreise durchsetzen, die eine geordnete Lösung des Reichsfinanzproblems erstreben.

„In schroffem Widerspruch.“

In einer amtlichen Erklärung heißt es: Der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein Memorandum zu den in Gana befindlichen Verhandlungen über den Youngplan und zu den Fragen der Finanzpolitik zugeleitet. Die Reichsregierung muß ihr Bestreben über die Veröffentlichung ausprechen, die vorliegt mit der die Entgegennahme des Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt. Es geht nicht die einseitige Staatsführung. Der Herr Reichsbankpräsident hätte zwar im Laufe der Verhandlungen angeklagt, daß er sich vorbehalten wolle, keine Aufstellungen über die Beurteilung der schwebenden Frage darzulegen. Er hat aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form geschehen werde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und Inhalt des Memorandums sowie der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch. Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen. Die Reichsregierung ist sich bereits in den letzten Tagen darüber schlüssig geworden, dem Reichstage im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung der Kassenlage, insbesondere auch von den Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung durch Verwertung der Einnahmen der Anfall umfassen. Den Fraktionsführern der an der Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine Einladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang der kommenden Woche zugesprochen.

Bekanntgabe des Finanzprogramms.

Einmütigkeit des Kabinetts über die Verlautbarung.

— Berlin, 8. Dezember.

Zu der Auseinandersetzung zwischen dem Reichsbankpräsidenten Schacht und der Reichsregierung wird von der Reichsbankpräsidenten die Regierung veranlaßt habe, ihr Finanzprogramm bekanntzugeben. Wichtig ist allerdings, wie ja auch schon aus der veröffentlichten amtlichen Verlautbarung hervorgeht, daß das Finanzprogramm nur in seinen Grundzügen bekanntgegeben werden solle.

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die oben genannte amtliche Verlautbarung nur im Mehrheitsbeschluss zustande gekommen sei, wird von der zuständigen Stelle als unrichtig bezeichnet. Am Kabinetts ist vollkommene Einmütigkeit über die Verlautbarung erzielt worden.

Pariser Aufregungen.

— Paris, 8. Dezember.

Die französischen Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit der Denkschrift Dr. Schachts an die Reichsregierung.

Das „Echo de Paris“

schreibt: Die Kritik, die Dr. Schacht an der Reichsregierung übt, indem er ihr vorwerft, den Sachverständigenbericht, wie er, Schacht, ihn angenommen und unterschrieben habe, gefälscht zu haben, sei nur wenig überzeugend. Die Behauptung, daß sich Deutschland in den verschiedenen Ausschüssen, die die zweite Haager Konferenz vorbereiten sollten, zu Verzichten bereitfand habe, die den Gehaltungen der Sachverständigen entgegengelehrt seien. Pariser Blätter haben nicht unklar seit Monaten wiederholt, daß Hilferding die deutschen Finanzen dem Untergange entgegenführe. Die Folgen der Schachtschen Denkschrift dürften nicht übersehen werden. Sie werde zwar bei der Volksabstimmung am 22. Dezember die Wahlschule nicht zu Gunsten Dugensbergs ausschlagen lassen, aber sie werde eine neue Menge von Unzufriedenen schaffen, die zahlreich genug seien, um auf die deutschen Unterhändler bei der nächsten Konferenz einen Eindruck auszuüben. Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ meint: Die Denkschrift Schachts trifft nicht die Qualität der Vertragsausführung, sondern löst gleichfalls den Gedanken für Hilferding beudeuten.

Das „Journal“

behauptet, Präsident Schacht habe wieder einmal das deutsche Volk in Mitleidenschaft gebracht. Man könnte an der Unrichtigkeit des deutschen Volkes Zweifel hegen, wenn nicht zur Verhütung die äußerst energische Erklärung der Reichsregierung da wäre. Man dürfe ferner nicht vergessen, daß Dr. Schacht durch seine Veröffentlichung ohne sich vorher mit den Präsidenten der ausländischen Kommissionen, insbesondere mit M. Stora, in Verbindung gesetzt zu haben, es wieder sehr an Zahl habe fehlen lassen.

Der „Figaro“

erklärt, die Deutschen hätten einen romantischen Schwindel für die Sanierung. Die fatalistischen Politiker wüßten sich helfen sehr zu bedienen.

Der „Petit Parisien“

führt aus, daß Schacht nicht nur seiner Stellung, die er während der Sachverständigenarbeiten in Paris eingenommen hatte, und wodurch er mehrmals den guten Ausgang der Konferenz zu gewährleisten wollte, treu geblieben sei, sondern auch seinen persönlichen Absichten, einen Energiebeiwert zu erweisen. Die energische Erklärung der Reichsregierung hätte ihm aber gesagt, daß die Stunde für ihn noch nicht gekommen sei.

Der Ausbau der Preußenkasse.

Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Reich.

— Berlin, 8. Dezember.

Zwischen der Reichsregierung und dem Preussischen Staatsministerium ist seit längerer Zeit über eine Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste verhandelt worden. Die Verhandlungen haben zu dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Preussischen Staat wegen einer Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste geführt. Das Abkommen ist ein Staatsvertrag.

Die Stammeinlage des Preussischen Staates bei der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste ist für 175 Millionen Reichsmark erhöht worden. Von diesem Betrage sind indessen erst 75 Millionen M. eingezahlt. 100 Millionen M. liegen noch aus. Der preussische Staat wird leider auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, weitere Einzahlungen zu leisten. Da die Preussische Zentralgenossenschaftsliste aber einer Verstärkung ihres Eigenkapitals dringend bedarf, ist es finanziell betrachtet, zu begrüßen, daß das Reich sich mit 50 Millionen M. am Grundkapital der Anstalt beteiligt.

Die Preussische Zentralgenossenschaftsliste hat sich, besonders in der Nachkriegszeit, zum zentralen Geldinstitut nicht nur des preussischen, sondern des gesamten deutschen Genossenschaftswesens entwickelt. Sie ist die wichtigste Kreditquelle zum mindesten der ländlichen Genossenschaften. Gegenwärtig sind der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste 24 außerpreussische Personalvereine angeschlossen. Die Pflege des genossenschaftlichen Personalwesens ist, besonders unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen, Aufgabe Preußens zunächst nur, soweit preussische Genossenschaften in Betracht kommen. Für die außerpreussischen Genossenschaften tritt bei den nötigen Mitteln aber dem Reich zu. Die Länder haben indessen von der ihnen gebotenen Möglichkeit einer Beteiligung an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste bisher keinen Gebrauch gemacht. Es ist daher vom preussischen Standpunkte aus wünschenswert, daß dem Preussischen Staat die finanzielle Stütze für die außerpreussischen Genossenschaften durch die Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste erleichtert wird.

In dem Abkommen hat Preußen unter Wahrung seiner berechtigten Interessen dem Reich eine entsprechenden Einfluß auf die Verwaltung der Anstalt eingeräumt. Das Direktorium soll in Zukunft aus sechs Personen bestehen. Der Präsident wird von Preußen im Benehmen mit dem Reich, zwei weitere Mitglieder werden von Preußen mit dem Reich und drei weitere Mitglieder auf Vorschlag des Reiches bestellt werden.

Preußen behält seine Aufsichts- und Leitungsbevollmächtigte, wird sie aber im Einvernehmen mit dem Reich ausüben. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Preußen wollen letzten Endes durch eine Verständigung der beiden Regierungen ausgetragen werden.

Zur Verwendung von 50 Millionen M. zur Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste befragt die Reichsregierung eine reichsgesetzliche Ermächtigung. Sie beabsichtigt daher, den Reichstag am dem Reichstag alsbald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, der möglichst noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll.

Schleppende Verhandlungen in Paris.

von Simjon informiert die Vertreter des Saargebietes.

— Saarbrücken, 7. Dezember.

Staatssekretär von Simjon gab den Saarausschüssen einen Überblick über den bisherigen Verlauf der Pariser Verhandlungen. Die beiden Unterarbeitskommissionen für Gruben- und Zollfragen der Saarconferenz seien in Paris über die ersten Vorprioritäten und die Umkreisung der Aufgaben noch nicht hinweggekommen. Wahrscheinlich würden die Verhandlungen von einer kurzen Saarauschiebung unterbrochen werden. Die Mitglieder des Saarausschusses erklärten sich mit den Ausfahrungen befriedigt. Zum Schluß wurde vereinbart, nach Weihnachten erneut zusammenzutreten.

Die „Saarbrücker Zeitung“ erklärt, wenn die Pariser Saarverhandlungen französischerseits in 'em bisherigen Tempo weitergeführt werden, und wenn das Kabinet Tarde weiter durch seine Rechtssetzungen gefesselt bleibe, dann müßte sich bald die Frage ergeben, ob es mit den Würde des Deutschen Reiches noch vereinbar sei, unter solchen Umständen eine deutsche Abordnung in Paris zu lassen.

Nach Arbeiten auf weite Sicht.

Neugründung von Schulen im Saargebiet.

— Saarbrücken, 8. Dezember.

Die Schulaufstellung der Regierungskommission denkt je wenig an ihre Liquidation, daß sie zu einem die Neugründung von 40 Schulplätzen beabsichtigt, die nicht zu Zeiten der Saarforderungen, sondern Preußens und Bayerns in Zukunft gehen wird.

Dagegen ist von einer Aufhebung der französischen Dominanzgebiete ebensowenig die Rede, daß trotz allgemeinem Protestes der unerträgliche Druck auf der Bergarbeit zum Schuldbuch der Bergmannsfinden in den französischen Volksschulen noch immer andauert. Auch die französische Unterricht wird nicht eingestellt, trotz Widerwilligkeit der lazarischen Lehrkräfte, vielmehr wird ein Druck auf die Lehrerschaft ausgeübt, die unter Anordnung der Amtsentlassung gezwungen wird, den Unterricht weiter zu erteilen, gegen den die parlamentarische Vertretung der Saarbevölkerung sich vielfach aufgebaut hat. Noch immer macht die Regierungskommission im Völkerverbund Propaganda. Sie schickte nach in diesem Jahre auf ihre Seiten einige Lehrer und höhere Regierungsbeamte nach Genf.

Es hat nach allem den Anschein, als rechne die Saarregierung noch mit einer langen Dauer ihrer für die Bevölkerung wenig erfreulichen Tätigkeit. Sollte sie sich etwa auf entsprechende Direktiven von Paris aus hinrichten belassen? Nachsicht wäre auf jeden Fall — auch für die Arbeiter der Saarordnung — von großem Nutzen.

Der Ansturm gegen das polnische Kabinett

Die Regierung mit 126 Stimmen in der Minorität.

Warschau, 8. Dezember.
Der Sejm, der nun endlich seine Arbeit hat aufnehmen können, steht sofort mitten im Kampfe. Eine ganze Reihe von Mißtrauensanträgen gegen einzelne Minister und gegen das Kabinett sind auf der Tagesordnung erschienen. Ein Vorstoß zu können, hätte die Mehrheit des Sejm einen Vorstoß gegen den Sejmpräsidenten, Dabynski zurückgewiesen, so daß der Mißtrauensantrag der polnischen Sozialdemokraten gegen die Regierung Entschluß in den Vordergrund erhob. Schon vor seiner parlamentarischen Durchberatung konnte man es als feststehend betrachten, daß dieser Mißtrauensantrag eine starke Mehrheit haben würde und auch der Staatspräsident richtete sich bereits auf den Erfolg dieses Vorstoßes ein. Er hat angeordnet, daß er in Folge der Annahme des Mißtrauensantrags sich an die Versammlung halten werde. Eine offene Frage ist freilich, was Visinski zu tun gedenkt, und im Hinblick auf seine unklare Haltung ist die Stimmung nicht nur in parlamentarischen Kreisen, sondern in der ganzen polnisch interessierten Öffentlichkeit der polnischen Hauptstadt sehr hart, zumal auch in der Sejmdebatte die Möglichkeit von Staatsstreichsplanen bei der Regierung eine große Rolle spielt.

Etwa um 11 Uhr begann die Abstimmung über den Antrag des Zentrolein gegen das Kabinett Smutski. Der Antrag wurde mit 246 gegen 120 Stimmen angenommen. Verfassungsgemäß ist das Kabinett Smutski verpflichtet, zurückzutreten.

Die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Dinge liegt beim Staatspräsidenten bzw. beim Marschall Pilsudski. Nach der Abstimmung entfalteten die Kommunisten eine rote Fahne. Der Regierungslid verhielt sich der Sejmpräsident am Weiterreden, worauf Dabynski die Sitzung schloß. Das Regierungslager stimmte im schon halb verdunkelten Saal die Legionärshymne an und brachte ein dreimaliges Hoch auf Marschall Pilsudski aus. Die nächste Sitzung wird schriftlich angekündigt werden.

Zur Kleinrentenfrage.

Berlin, 8. Dezember. Zu der Aufhebung der Koalitionsparlament des Reichstages an den Deutschen Reichstag wird seitens der Reichsregierung mitgeteilt, daß die gegenwärtigen Arbeiten zur Verbesserung der Kleinrentenfrage so weit fertiggestellt sind, daß das Reichskabinett sich in den nächsten Tagen mit den Vorlagen beschäftigen kann.

Die Türkei will in den Völkerverbund.

London, 8. Dezember. Die türkische Regierung hat zum dritten Male innerhalb der letzten Jahre bei verschiedenen Mächten inoffizielle Sondierungen wegen eines baldigen Eintritts der Türkei in den Völkerverbund angestellt. Der Zweck der Sondierungen besteht darin, festzustellen, inwieweit die maßgebenden Mächte bereit wären, der Türkei zum mindesten einen halbseitigen Passivität zugestehen, nach dem Beispiel Polens.

Amerika entsendet Truppen nach Haiti.

Memor, 7. Dezember. Auf Befehl Hoovers wurden in Folge des Generalfalles in Haiti, der zu Ausschreitungen führte, die nach der Meinung Washingtons Truppenentsendungen unbedingt erforderlich machten, sofort 500 Mann Marineinfanterie mit Flugzeugen ausgesandt, auf dem Kriegsschiff „Albatros“ nach Haiti eingeschifft, um die dortige 700 Mann starke Marinebrigade zu verstärken. Hoover verlangte ferner durch eine Sonderbotschaft im Kongress, die Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Lage in Haiti.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 9. Dezember 1929

Meteorologische vom Dezember.

Nichts fürchtet der Landmann, der im Spätherbst hoffend und vertrauensvoll der Furchen die Winterfaat eingekreut hat, mehr, als die scharfe Winterkälte bei ungeschütztem Boden. Darum wünscht er sich für den Dezember, den Monat des kalten Winteranlaufes, schon bald eine Schneedecke, unter deren schützender Hülle die Saat wohl geborgen liegt. Allerdings ist hierfür feuer herzlich wenig Aussicht vorhanden.

Alle Bauernschaft, die mit Wetter und Feldbestellung zusammenhängt, findet ihren lapidaren Ausdruck in den monatlichen Bauernregeln. So heißt es vom Dezember u. a.: Dezember kalt mit Schnee, gibt Körner auf jeder Höhe — Grüne Weidnachten, weiße Ätern — Weidnachten feucht und naß, gibt's leere Speicher und leere Fuß — Christnacht klar, bringt ein gelogenes Jahr — Winter bis Jahresend, Adam und Eva spern't, so heißet's Winter bis Jahresend. Niemand wird sich wieder einen so bitterkalten Winter wünschen, wie wir ihn im vorangehenden Jahr erlebt haben. Sicher aber würde ein winterlicher Dezember mit Schnee und mäßigem Frost nicht bloß dem Landmann, sondern auch den Stadtbewohnern zugünstiger sein, als jene kalte, nicht mehr herbstliche und noch nicht winterliche Witterung, die mandmal im Dezember so viele Opfer an Gesundheit fordert.

— 1930 ein Weidnachtenjahr! Weidnachten wie im Jahre 1929 wird auch im nächsten Jahre mit einem kalten Winter aufzutreten der Möglichkeit zu sein sein. Das ergibt sich bereits aus der einfachen Tatsache, daß die Weidnachten im allgemeinen in einem Zeitraum von vier Jahren auf ihren alten Stand zu entwickeln vermögen. Das auffallend milde, fast

jommerliche Wetter, das wir in der jüngsten Zeit erlebt haben, ließ verächtlichlich schon jetzt Weidnachten auf die Oberfläche kommen. Die Weidnachten bereiten allerdings dieser reichlich vorzeitigen Weidnachten der Brauträume wieder ein jähes Ende. Ebenfalls jedoch wird im kommenden Jahre mit einem Massenauftreten von Weidnachten gerechnet werden müssen.

Ausstellung von Legitimationskarten für Handlungsreisende. In einem Verordnungsblatt wurde durch Nachprüfung festgestellt, daß in jeder Jahresfrist, wo eine Legitimationskarte für Handlungsreisende verlangt wurde, statt der Legitimationskarte ein Wandergewerbebescheinigung erforderlich war und daß die Legitimationskarte beantragt wurde, um die höhere Wandergewerbebescheinigung nicht stellen können, deren bestimmungsgemäß der Wandergewerbebescheinigung verlangt worden ist oder wäre. Eine Legitimationskarte beantragt hatten, um mit dieser Karte das Wandergewerbe zu betreiben. Daraufhin hat der Preussische Handelsminister eine scharfe Prüfung der Anträge auf Ausstellung von Legitimationskarten angeordnet. Insbesondere haben die zuständigen Behörden festzustellen, ob die Firma, für die die Bescheinigung auf Waren aufgestellt werden sollen, für das Aufstellen der Bescheinigung geeignet ist, oder ob der Handlungsreisende, der selbst ein führendes Gewerbe amgebet hat, ein solches betreibt und eine gewerbliche Niederlassung für den betreffenden Handelszweig inne hat.

Wahlzählungsergebnisse: Am 2. Dezember 1929 sind in der Stadt Kernberg gezählt: 181 Pferde, 66 Kühe, 610 Rinder, Milchschafe und Wullen, 7 Schafe, 120 Ferkel, 841 Schweine, 334 Ziegen, 567 Kanarienvögel, 5680 Enten, Gänse und Hühner, 121 Vienenfische.

Esp. Vrehm-Ausstellung im Wittenberger Forschungshaus. Das Forschungshaus für Weltanbauungsstudien in der Lutherstadt Wittenberg zeigt seit einiger Zeit eine Vrehm-Ausstellung, die jetzt durch einige sehr interessante Stücke erweitert worden ist. Es handelt sich um Briefe, die Alfred Vrehm mit seinem Vater während seines Aufenthaltes in Afrika gemeldet hat. Neben vielen wissenschaftlichen und biographischen Einzelheiten enthalten dieselben eine Schilderung der politischen Zustände in Deutschland im Jahre 1848. Das Forschungshaus bleibt noch weiterhin Sonntags von 11—6 Uhr geöffnet. Schulen oder Vereine, die von auswärts nach Wittenberg kommen, legen sich am besten vorher mit der Leitung des Forschungshaus in Verbindung.

Oranienbaum. Bei der Konstruktionsfertigung des Inventars im Schuppenhause sind verhältnismäßig hohe Preise erzielt worden. Die Altonaer-Brauerei als Pächterin hat bereits einen neuen Vort für diese Abfälle; es ist Herr Weise aus Bitterfeld, der in Kürze die Bewirtschaftung übernehmen wird.

Werschnitz, 6. Dez. Start in dem Kalender geirrt hat sich hier eine Heine der Pächterin des früheren Ziegeleigrundes, Frau Dücker. Als sie am Vormittag des 1. Dezember den Heuboden betrat, führte ihre zu ihrem größten Erstaunen eine Glucke zwölf muntere Küken entgegen.

Brechitz. Die Raubung der köstlichen Jahre, sowie die Bewirtschaftung des Fährerkaufmanns, wurde in geistiger Magistratsprüfung dem Hühnermeister Herr Otto Wabenell hier gegen eine Jahrespacht von 500 RM übertragen. Außerdem hat der Pächter die Verpflichtung übernommen, größere bauliche Veränderungen im Fährerkaufmanns auf seine Kosten vorzunehmen. Der bisherige Pachtpreis betrug 2500 RM. Die Uebernahme erfolgt am 1. April nächsten Jahres.

Salmstedt. Man wollte den Gattenmörder Lyghe in der Polizei fassen, ist von Berlin nach Salzwedel übergeführt worden. Eine große Menschenmenge versuchte auf dem Bahnhof gegen den Mörder tätlich vorzugehen. Oberstaatsanwalt Seebens-Stendal hat eine Anordnungsbescheidung vorgenommen und die Heide der Frau Planert zur Bekämpfung freigegeben.

Golthitz-Körneren. Grabungen nach Kupfererz. Die Mansfeld A.G. Bohr in unserer Gegend seit Ende September nach Kupfererz. Annuhr wurde superhohes Gestein gefunden. Das Bohrgest ist in eine Tiefe von etwas über 300 Meter getrieben worden. Die Bohrvorrichtung sollen zunächst an einer anderen Stelle wieder ausgenommen werden, um die Möglichkeit bergmännischer Gewinnung zu prüfen.

Brechitz (Lorgau). Autolinie eingegangen. Nach ungefähr einjähriger Befreiung hat die private Autolinie, die Lorgau mit Düben verband und durch den Ort führte, wegen Unrentabilität ihren Betrieb wieder eingestellt.

Halle. Vorunternehmung gegen die ungetreuen Krankentaftelbeamten. In den Unregelmäßigkeiten in der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle a. S. teilt die Aufsichtsstelle mit, daß gegen den Vorstehenden Karl Pfeiffer und den Korrektor Karl Kleemann Vorunternehmung wegen schwerer Untreue beim Landgericht Halle geführt wird.

Magdeburg. Die ilustrierte Frauenvereinskassiererin verhaftet. Wie von der Polizeipreffe mitgeteilt wird, wurde die Kassiererin Rudolf mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern auf englischem Boden verhaftet. Die Frau war, wie berichtet, nach Unterzeichnung von 43 000 RM. Spargelbarn des Magdeburger Frauenvereins „Gleichheit“ geflohen.

Magdeburg. Zwei Kampfzähne. Auf der Könnigsborner Chaussee etwa in Höhe des ehemaligen Forts X kam es zwischen dem Arbeiter Fichtner und dem Arbeiter Gehrmann zu einer Schlägerei. Man mußte das Arbeitsschloßkommando rufen, das die Weiden auseinander brachte. Beide waren verletzt. Fichtner mußte mit erheblichen Verletzungen in eine Wohnung gebracht werden.

Merseburg. Mittelgutsbesitzer am Leben neu zu sein. Der Mittelgutsbesitzer Max Krüsch in Borsdorf wurde erschossen aufgefunden. Er hatte sich nach seiner zweifelhafte Selbsttötung, umweil des Kirchhofes, begeben und im oberen Gehörgang sich den tödlichen Schuß aus seinem Jagdgewehr beigebracht. Durch eine Wunde ist er darauf in das Ertragsloß herabgestürzt, wo der Zeigmann bei seiner Leiche gefunden wurde. Er, der als Vorkämpfer des Amtsbezirktes in weiten Kreisen bekannt und beliebt geworden ist, hat ein Alter von 63 Jahren erreicht. Man vermutet, daß ein durch längere Krankheit hervorgerufener schwerer Zustand ihn wirtschaftliche Schwierigkeiten als unüberwindlich erschienen ließ und zu diesem verzweifelten Ausweg trieb.

Jishorta. Die Wilderer nehmen überhand. Das Wildern nimmt in unserer Gegend so überhand, daß sich Gemeindeförderung gezwungen sieht, alles unbedingte Gauen über selber und Weiden außerhalb der öffentlichen Wege zu verbieten.

Jena. Trotz Regen Wassermangel. Die in den letzten Tagen niedergelassenen Regengüssen haben, wie die Direktion des hiesigen Gas- und Wasserwerks erklärt, leider noch keinen Einfluß auf die Quellen ausgeübt. Der Minderertrag in diesem Jahr ist zu erheblich, daß es starker Niederschläge bedarf, um die Quellen genügend zu speisen. Die Pumpenwerke des Wasserwerks sind Eng und Macht ununterbrochen im Betrieb, um den Bedarf zu decken. Die Wasserertragslinie ist gegenüber der vorjährigen ganz bedeutend gesunken. Da mit einer Besserung der Quellenertragsleistung in der nächsten Zeit noch nicht gerechnet werden kann, ist es erforderlich, noch Weiden der Allgemeinheit kleinerer Wasserergiebiger zu treiben und nur das unbedingt notwendige Wasser zu entnehmen.

Apolda. Auf den Schienen zu zerfallen. Ein Einwohnervon Apolda namens Dos wurde am Bahnkörper Apolda-Weimar in der Nähe seines Wohnortes zerfallen und Gliedern und Knochen zerstreut aufgefunden. Er hatte sich offenbar überfahren lassen wollen, war aber mitgeglückt und dadurch jermalm worden. Ueber die Ursache des Freitodes kann nichts bestimmtes angegeben werden.

Immern bei Mühlhausen. Neun Gefährte in 71 a m. n. Menschen gegen 945 Uhr drach in der Scheune des Landwirts Kurt Koch ein Feuer aus, das mit großer Gewaltigkeit sich auf die benachbarten Gebäude übertrag und in verhältnismäßig kurzer Zeit neun Gefährte ergriff. Im ganzen sind acht Scheunen mit Stallungen und von der Gemeindegente die Stallungen niedergebrannt. Sämtliche Vorräte, landwirtschaftliche Maschinen, verschiedene Drechselmaschinen und das Kleinvieh sind mitverbrannt, während das Großvieh gerettet werden konnte. Die wohnsührer Wator und die Spritzen aus der ganzen Umgebung waren am Brandplatz erschienen und sind mit tätig gewesen. Man vermutet Brandstiftung. Eine Verhaftung ist bereits in der Nacht erfolgt. Der Schaden ist groß.

Zeitz. Im Dampfessel verbrüht. In der hiesigen Zuderfabrik war der 21jährige Arbeiter Greif aus Rallenwehheim (Möbn) damit beschäftigt, einen Dampfessel zu reinigen. Versehenweise wurde der Dampf zu früh in den Sessel eingelassen, so daß der Arbeiter schwer verbrannt wurde. Er starb kurz darauf.

Sonnenberg. Standalm Stadtbauamt. Gegen Stadtbauamt Dräger und das gefamte städtische Bauamt waren in den letzten Jahren heftige Angriffe erhoben worden. Es sollen verschiedene Unregelmäßigkeiten unterlaufen sein. Der Regierungsbeauftragte, der zurzeit die Gefährte der Stadtbauverwaltung leitet, hat sofort eine Untersuchung durchgeführt. Auf Grund des Ergebnisses der bisherigen Ermittlungen ist Stadtbauamt Dräger auf Grund des § 132 des Staatsbeamtengesetzes vorläufig vom Amt suspendiert worden. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens ist beim Thüringer Ministerium des Innern beantragt worden.

Ferienordnung für Provinz Sachsen.

Die Ferien im Schuljahr 1930—31 sind für alle Schulstufen in den Orten mit höheren Schulen und Volkshäusern in der Provinz Sachsen wie folgt festgesetzt worden:

Oberferien: 18 Tage. Schluß des Unterrichtes Freitag, den 4. April 1930, Wiederbeginn des Unterrichtes Mittwoch, den 23. April 1930.

Kingferien: 10 Tage. Schluß des Unterrichtes Freitag, den 6. Juni 1930, Wiederbeginn des Unterrichtes Dienstag, den 17. Juni 1930.

Sommerferien: 31 Tage. Schluß des Unterrichtes Freitag, den 4. Juli 1930, Wiederbeginn des Unterrichtes Dienstag, den 5. August 1930.

Herbstferien: 12 Tage. Schluß des Unterrichtes Sonnabend, den 4. Oktober 1930, Wiederbeginn des Unterrichtes Freitag, den 17. Oktober 1930.

Weihnachtsferien: 14 Tage. Schluß des Unterrichtes Mittwoch, den 23. Dezember 1930, Wiederbeginn des Unterrichtes Mittwoch, den 7. Januar 1931.

Schluß des Schuljahres: Sonnabend, den 28. März 1931. Am Freitag, dem 4. April 1930, findet nur die Abkürzter und Zeugnisverteilung statt; am Freitag, dem 6. Juni 1930, ist voller Unterricht; am Freitag, dem 4. Juli 1930, am Sonnabend, dem 4. Oktober 1930, und am Dienstag, dem 23. Dezember 1930, dauert der Unterricht drei Stunden.

Um die Arbeitsruhe am Christabend.

Hausfrauen helfst mit!

— Breslau, 8. Dezember.

In einer Erklärung des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes wird ausgeführt:

Die Arbeitsruhe am Christabend sollte wohl eine Selbstverständlichkeit für jeden Deutschen sein. Aber weder das Verlaufspersonal noch die Ladeninhaber finden die wohlwollende Hilfe und den Weihnachtsfrieden am Christabend noch überaus anstrengenden Arbeitstagen und wohnen, wenn das tausende Publikum seine Weihnachtsentlastung am 24. Dezember weiterhin noch nach 4 Uhr tätigt. Die Weihnachtsbesorgungen erst am Nachmittag des Festlichen Abends zu machen, ist auch höchst unwirtschaftlich und wenig geeignet, gerade in den frühen Weihnachtsstunden des Christabends ein wenig und ungehörtes Familienleben aufkommen zu lassen.

Was die Hausfrau auf den Festtagstagen bringen will, muß sie am Vormittag ebenso wie am Nachmittag. Sie ist nicht erst in der allerletzten Stunde vor der Einlieferung vollendet. Die Familie findet lo noch am besten Gelegenheit, gemeinsam an der Christfeier in der Kirche teilzunehmen. Der Einkauf der Weihnachtsgegenstände selbst kann unabweislich vom Käufer mit mehr Liebe und größerer Sorgfalt getroffen werden, wenn er dafür die erforderliche Zeit hat, sowie wenn die Lager der Geschäfte noch nicht fast ausgeht und das Verlaufspersonal für eine ausgiebige Beratung nicht zu sehr abgelenkt ist.

Der eigene Nutzen des Weihnachtstages ist nicht das einzige Anliegen der Hausfrau. Sie hat auch die Pflicht, die Beachtung der immer mehr jutage tretenden bedürftigen Bevölkerung an das einjährige und vorjährige Weihnachtsfest zu denken. Das ergibt sich bereits aus dem Festlichen Abend nach 4 Uhr zu machen. So wird damit ohne Zwang der selbstverständliche 5-Uhr-Abend schluß am Festlichen Abend erreicht.

Allgemeine Arbeitsmarktlage des Arbeitsamtsbezirks Wittenberg vom 28. 11. bis 4. 12. 1929.

Erst der noch immer günstigen Witterungsverhältnisse machte sich in der Arbeitswoche ein kleineres Nachwachsen der Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Wittenberg bemerkbar.

Zusätzlich trugen weitere Entlassungen der umliegenden Bahnhofsarbeiten in Erscheinung. Auch die Lage auf dem Baumarkt gestaltete sich weiter ungünstig.

In der Metallindustrie, sowie in Holz- und Schmiedgewerbe trat eine Besserung der Arbeitsmarktlage ein. Es kam eine Anzahl Gelehrter in Zuzuga. Die Ursache dieser Entlassungen ist die Fertigstellung der Arbeiten der Leberlandzentrale und in der bevorstehenden Frostperiode zu suchen.

In der Wandertätigkeit ging das Angebot der offenen Stellen für männliche und weibliche Arbeitskräfte etwas zurück. Die gleiche Erscheinung konnte auf dem Arbeitsmarkt für Hausangestellte und im Gastgewerbe beobachtet werden. Die Ursache der rückläufigen Bewegung hängt mit dem bevorstehenden Weihnachtsfest zusammen.

Einige Bäckerinnen, sowie die Fleischbroschierarbeiten entschieden nie alljährlich die dort beschäftigten Arbeiterinnen.

Der in früheren Jahren in Erscheinung getretene Saisonbedarf an Verkäuferinnen und Laufen. Angefallen blieb bis jetzt noch aus. Zahlenmäßig gibt die Ermittlung des Arbeitsmarktes in der Arbeitswoche das folgende Bild:

Die Zahl der männl. Arbeitsuchenden stieg von 2521 auf 2706

Die Zahl der weibl. Arbeitsuchenden stieg von 284 auf 301

Der Zugang der männl. u. weibl. Arbeitsuchenden betrug 896

Der Abgang an männl. u. weibl. Arbeitsuchenden betrug 104

In der chem. Industrie ist der Beschäftigung noch zu erwarten

In der Gummiindustrie ist der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt.

In der feinsten Industrie hat sich infolge der starken ausländischen Konkurrenz der Geschäftsgang etwas verschlechtert. Ein Teil der Belegschaften noch beschäftigt.

In der Schokoladenindustrie und Margarineherstellung hält der gute Geschäftsgang weiter an.

Die Sklarek-Untersuchung.

Behauptungen und Gegenbehauptungen. — Was ist Wahrheit?

von Berlin, 6. Dezember.

Bei den neuen Vernehmungen im Sklarek-Untersuchungsausschuss des Landtages erfolgte zunächst eine Gegenüberstellung von Obermagistratsrat Branda und des Hauptprüfungsstellen und Direktor Brölat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um die Behauptung Branda, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe.

Die Sklarek-Untersuchungsausschuss des Landtages erfolgte zunächst eine Gegenüberstellung von Obermagistratsrat Branda und des Hauptprüfungsstellen und Direktor Brölat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um die Behauptung Branda, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe.

Die Sklarek-Untersuchungsausschuss des Landtages erfolgte zunächst eine Gegenüberstellung von Obermagistratsrat Branda und des Hauptprüfungsstellen und Direktor Brölat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um die Behauptung Branda, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe.

Die Sklarek-Untersuchungsausschuss des Landtages erfolgte zunächst eine Gegenüberstellung von Obermagistratsrat Branda und des Hauptprüfungsstellen und Direktor Brölat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um die Behauptung Branda, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe.

Die Sklarek-Untersuchungsausschuss des Landtages erfolgte zunächst eine Gegenüberstellung von Obermagistratsrat Branda und des Hauptprüfungsstellen und Direktor Brölat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um die Behauptung Branda, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe.

Die Sklarek-Untersuchungsausschuss des Landtages erfolgte zunächst eine Gegenüberstellung von Obermagistratsrat Branda und des Hauptprüfungsstellen und Direktor Brölat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um die Behauptung Branda, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe. Obermagistratsrat Branda's scharfste Kritik bezieht sich auf die Behauptung Brölat, daß er Brandes hinsichtlich der Revision der Sklarek-Revolver nicht beeinflusst habe.

Brennholzverkauf.

der Oberförsterei Tornau bei Döben am **Donnerstag, den 19. Dezember 1929** von **10 Uhr** ab im **Gasthaus „Heidekrug“** in Tornau

Tornau-Süd. Jag. 3Ba, 5a, 36c, 3Aa Aushf. und Durchf. Bu: 21 rm Kio, 9 rm Reis I; Erle: 1 rm Kni; Kie: 118 rm Kio, 37 rm Kni, 2 rm Bruch, 155 rm Reis I

Lutherstein. Jag. 71c, 86a, 117c, d Aushbe u. Sammelh. Ci: 1 rm Aushficht, 49 rm Kio, 13 rm Kni, 1 rm Bruch, 83 rm Reis I Bu: 442 rm Kio, 31 rm Kni, 9 rm Bruch, 33 rm Reis I; Vire: 3 rm Kio, 1 rm Kni; Kie: 1 rm Aushficht, 114 rm Kio, 7 rm Kni, 2 rm Bruch, 14 rm Reis I

Schwensal. Jag. 13Bd, 13Ac, 17b, 18c Aushf. Kie: 254 rm Kio, 245 rm Kni, 9 rm Bruch, 288 rm Reis I, 5 rm Reis II

Rauchhaus. Jag. 20d, 21b, 31a, b Aushf. Ci: 55 rm Kni, 11 rm Reis I; Kie: 100 rm Kio, 4 rm Kni, 1 rm Bruch, 70 rm Reis I

Tornau-Nord. Jag. 75b, 88Ac, 122a, Schlag u. Aushf. Ci: 59 rm Kio, 8 rm Kni, 300 rm Reis III; Bu: 91 rm Kio, 29 rm Kni, 28 rm Reis III; Kie: 256 rm Kio, 8 rm Kni, 28 rm Kni, 135 rm Reis III

Grenzhaus. Jag. 131Ba Aushf. Ci: 6 rm Kio, 1 rm Bruch; Bu: 98 rm Kio, 7 rm Kni, 160 rm Reis III

Versteigerung vorbehalten. Die Eichen-Knippl in Rauchhaus sind 3, 2, 5 m lang ausgehauen.

Bilderbücher

empfehlen in großer Auswahl billigst Richard Arnold

worden. Nur den Preis für seine Frau habe er 200 Markel 2000 Mark gegeben, ohne dafür eine Quittung zu erhalten.

Vernehmung der Gebrüder Sklarek.

von Berlin, 6. Dezember.

In der Nachmittags-Sitzung war der Antrag von Publikation und Presse in Erwartung der Vernehmung der aus der Untersuchungshaft vorgeführten Brüder Sklarek außerordentlich kurz. Der Vorsitzende Schmann, der zunächst vernommen werden sollte, machte von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Der Ausschuss schritt dann zur Vernehmung der Brüder Sklarek, die von einem Justizwachtmeister und einem Kriminalbeamten begleitet waren. Zunächst wurde Willi Sklarek vernommen. Er führte u. a. aus:

Es ist traurig, daß keiner der Herren vom Magistrat bis jetzt den Mut gefunden hat, die Wahrheit zu sagen. Wäre das geschehen, dann hätte die Zeitungen und überhaupt die Öffentlichkeit nicht mit derartigen Keulenschlägen auf uns einwirken können.

Sämtliche Leute, Oberkammermeister sowohl als Stadtkämmerer Dr. Menge und alle anderen mußten von unseren ganzen Verträgen.

wählten auch von sämtlichen Schiedsrichtern, die hierdurch die Stadt Berlin erlitten hat. Ich werde diese Behauptungen in der Hauptverhandlung vor aller Öffentlichkeit durch Zeugenausagen unter Eid beweisen. Unsere Verträge waren nur sogenannte Scheinverträge für uns. Keiner dieser Verträge wurde von der Stadt gehalten. Wir wurden immer wieder hingezogen.

Wir waren sojagende die Sanierungsstelle der Stadt Berlin.

Nur ein Vertrag getätigt, so wurden wir nur mit einem Teil der Belegschaften ausgestattet. Den größten Teil hat die WVG gemacht; wir hatten nur einen bestimmten Prozentsatz. Immer hatten wir neue Beschwerden, aber die Herren, ob es nun welche von rechts oder links waren, sagten uns nur, wir sollten ruhig sein, „der nächste Vertrag wird euch schon den Schaden erlösen“.

Gerade der Bürgermeister Scholz war derjenige, der im Haushaltsausschuß unsere Verträge leitete hat.

Er war es, der gesagt hat, die Verträge, die Berlin gemacht hat, müssen gehalten werden. Da kam der viel besprochene Monopolvertrag zustande. Wenn man davon gesprochen hat, daß wir Magistratsmitgliedern und Stadtvorwörtern ungehörig umstellt verhielten, so muß ich diesen Worten entschieden zurückweichen.

Wir haben nie einen Beamten zu belästigen versucht. Die Öffentlichkeit ist falsch unterrichtet worden. Wir werden als Betrüger hingerufen. Aber ich frage: haben Betrüger am Tage ihrer Verhaftung einen Viertel Million auf Sonderkonto und ihre gesamten übrigen zahlreichen Werte unbelastet? Und wenn die Stadt Berlin nicht die Fortsetzung begangen hätte, Konkurs stattfindend zu lassen, hätte sie überhaupt nichts verloren.

Wie jetzt hatten nur zwei Leute den Mut, die Wahrheit zu sagen.

Das war Schallbach, der keine Baren bekommen, sondern Strappen und Direktor Hoffmann, der übrigens von uns keine Zuwendungen bekommen hat. Wenn aber die meisten der Herren jetzt zu feige sind, die Wahrheit zu sagen, so muß ich erklären:

alle waren mit uns befreundet! Früher haben sich die Herren dazu gedrängt, mit uns zusammen zu sein; nun wollen sie uns nicht mehr kennen.

Nach halbstündiger Beratung teilte später der kommunizistische Vorsitzende Schöwent mit, daß die Mehrheit des Untersuchungsausschusses der Auffassung sei, daß die bisherige Vernehmung des Zeugen Zeimann und des Zeugen Willi Sklarek

nicht die Wahrscheinlichkeit ergeben habe, der Wahrheit näher zu kommen, und daß der Wunsch besteht, von der weiteren Vernehmung des Zeugen Zeimann und der drei Brüder Sklarek Abstand nehmen.

Die Sitzung wurde darauf zur großen Enttäuschung der zahlreichen Zuhörer geschlossen.

Notiz. Selbstmord eines Oberfeuerinspektors. Aus dem dritten Stockwerk des hiesigen Finanzamtsgebäudes hat sich der Oberfeuerinspektor Max Tauscher auf den Hof gestürzt. Die Gründe zu dieser Tat konnten noch nicht ermittelt werden. Mit sehr schweren Verletzungen wurde er sofort durch die Sanitätskolonne in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Dort ist er nach kurzer Zeit gestorben.

Lehners furchtbares Verbrechen.

Er hat sein Opfer bei lebendigem Leibe verbrannt.

8 Leipzig, 8. Dezember.

Der Abteilungsleiter im Leipziger Kriminalamt, Regierungsrat von Krieger, der in Straßburg das erste Verbrechen mit dem dort verhafteten Versicherungsgeldhändler und Mörder Lehner durchgeföhrt hat, ist nach Leipzig zurückgekehrt und hat seiner vorgelegten Behörde über das Ergebnis seiner Vernehmung Bericht erstattet. Danach ist der Beweggrund zu der Tat Lehners in großer Notlage seiner Familie zu suchen.

Lehner hat nach seinen Angaben als Teilhaber eines Münchener Verlages (Festholz-Verlag) große Verluste erlitten. 2000 Mark Wechselschulden waren in Kürze fällig, und es wurde ihm ein Darlehen angeboten, aber nur gegen die Sicherheit einer Lebensversicherung. Diese Lebensversicherung ist er zunächst eingegangen. Dann hat er sich mit seiner Frau beschoren und ist nach seinen Angaben zu dem Entschluß gekommen, einen hohen Versicherungsbetrag seiner Frau dadurch zu verschaffen, daß er sich selbst mit dem Automobil absichtlich verunglücken lasse. Er sei über dann zu feige gewesen, um diese Tat durchzuführen, und habe sich schließlich nach dem ersten Rückschlag mit seiner Frau und von ihr beeinflusst den Plan gefaßt, einen fremden Menschen, nach dem vorausichtlich niemand fragen werde, ums Leben zu bringen und die Sache so darzustellen, als ob der Getötete er selbst, Lehner, sei.

Über die Ausführung der Tat lagte Lehner, er sei am Abend des 27. November auf der Chaussee Regensburg-München von einem Bänderer angegriffen worden, der ihn gefangen habe, ihn nach München mitführen zu lassen. Lehner habe ihm die Erlaubnis gegeben, zunächst ohne an die Tat zu denken. Während der Fahrt habe er seinen geplanten Versicherungsbetrag neuerlich durchdacht.

Er sei zu der Erkenntnis gekommen, daß nun der richtige und nicht wiederkehrende Augenblick gekommen sei, und habe auf der Straße zwischen Etterhausen und Mariawald, etwa 13 Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt, den Wagen zum Stehen gebracht und vorgegeben, es sei ein Schaden am Motor eingetreten.

Er habe den Bänderburschen veranlaßt, ruhig im Wagen sitzen zu bleiben. Lange habe er an dem Fahrzeug herumgerummelt. Dann habe er aus einer Kofferbox eine Leinwand genommen und auf den Wagen, besonders auf die Trittbretter, geschüttelt, um dem Schlägen nach erfolgter Fahrzeugbewegung die Möglichkeit zur Flucht zu nehmen. Er habe dann das Weisung in Brand gesetzt. Eine Explosion sei erfolgt, und er habe gesehen, wie die Flammen die Kleider seines Begleiters ergrieffen hätten. Dann sei er davonrannt. Er sei nach Regensburg gegangen und von dort nach München gefahren.

Neue aufsehenerregende Wendung.

Eine spätere Meldung besagt: In der Mordangelegenheit Lehner ist eine aufsehenerregende Wendung eingetreten. Bisher sollte Lehner nach den Mitteilungen der Behörden und offenbar nach seinem eigenen Geständnis einen Handwerksburschen ermordet haben, den er in sein Auto lockte. Nun ist aber eine 22 Jahre alte Kinnofaziererin aus Regensburg verschwunden. Es wurde festgestellt, daß das Mädchen durch Lehner überredet wurde, seine Stellung in Regensburg anzugehen und mit Lehner im Auto nach Leipzig zu fahren, wo er sie angeblich in seinem eigenen Kino als Kassiererin unterbringen wollte.

Das Mädchen ist Doppelwaise und hat keine Verwandten. Ihre Wirtin, bei der sie in Regensburg wohnte, hat sich zufällig die Nummer des Kraftwagens gemerkt, mit dem sie abgeholt wurde. Es ist die Nummer des Lehners Autos gemeldet. Die Wirtin hat auch in Leipzig Ermittlungen nach dem Kino angestellt, in dem ihre frühere Mitarbeiterin nun beschäftigt sein sollte. Ein solches Kino gibt es aber in Leipzig nicht. Man vermutet nun, daß Lehner dieses Mädchen in seinem Auto verbrannt hat und daß die Gesichte vom Handwerksburschen unwahr ist.

Kirchliche Nachrichten.

Remberg.

Mittwoch, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr Advents-andacht mit Gesänge und Fetez des heiligen Abendmahls. Pfarrerr. Wilmus.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche
Diensstag abends 8 Uhr **Bibelstunde**
im **Bürgeraal**
Brediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen

Einfache Bedienung
Reiner Empfang
Große Lautstärke



Radio-Geräte

Dabei liefere ich Ihnen schon eine **komplette Anlage** für Fernempfang zu **Rm 145,-**

Ein praktisches und angenehmes Weihnachtsgeschenk

Ernst Roming

Auf Wunsch stelle ich jedem Liebhaber einen Apparat unverbindlich mehrere Tage zur Probe auf

Installations-Geschaft
Wittenberger Straße

Apotheke Kemberg
Drogen und Pflanzhandlung

Mer eine
Agfa - Camera

schenkt, macht noch mehr Freude.

Handtaschen ◀ Aktenmappen

Portemonnaies ✦ Reisekoffer

empfeht äußerst billig **Richard Arnold, Kemberg**

Frisches
Kindfleisch
frische Flecke

empfeht **Ernst Bachmann**

Prima junges fettes
Kindfleisch

und frische Flecke

empfeht **H. Krausemann**

empfehle laufend
Maststierfleisch

Qualität und Preise wie immer.

Martin Kramer, Weinbergstr.

Morgen (Dienstag)

früh halb 8 Uhr

Speck-Ruchen

Ernst Wend

Dienstag früh

frischer Schellfisch

grüne Heringe

P. Wierhsche, Burgstraße 36

Morgen Dienstag früh

fr. grüne Heringe

frische Schellfisch

Emma Reinecke

Frishmilchende
Färsen mit Kalb

vertauft oder vertauft

Richard Teller, Kemberg

Gute
Weihnachtsäpfel

hat abzugeben

Neumühle bei Kemberg

Ebenfalls ist eine

Wohnung

zu vermieten.

M. - T. - V.

Mittwoch, den 11. Dezember,

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr beim Turn-

bruder Jemer (Doppelnblüte)

Versammlung

8 Uhr

Turnratsföigung

Pünktliches und zahlreiches Er-

scheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand

Baterländischer Frauenverein

Mittwoch, den 11. Dez., abends

8 Uhr im Blauen Hecht

Versammlung

mit Weihnachtsfeier

Frau Archidionnis Schulze



Schützengilde

Dienstag, den 10. Dez.,

abends 8 Uhr im

Schützenhaus

Versammlung

Schießhandbau betr.

Der Vorstand.

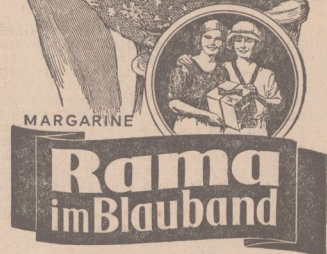


Sie
wünschen

frische Milch-frisches Fleisch-
frische Eier - aber auch frische
Margarine. Mit Recht.

Denn FRISCHE
bedeutet hier alles.

Rama im Blauband bietet
Ihnen die Gewähr für frische
Qualität durch das Datum-
zeichen auf der Packung.



MARGARINE
Rama
im Blauband

doppelt so gut
1 Pf. 50 Pfg.
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Jungmädchenverein „Jugendfreude“
zu Kemberg

Große Weihnachtsfeier

am Sonntag, den 15. ds. Mts., abends $\frac{1}{8}$ Uhr im Saale
zum „Blauen Hecht“, bestehend aus

Weihnachtsstücken, Vortrag, Gesängen und
Deklamationen.

Eintritt: Erwachsene 50 Pfennig, Kinder 25 Pfennig.

Hierzu ladet herzlich ein **J. A. Ahmus, Pfarrer.**

Gasthof Kolbe, Merkwitz

Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 Uhr
Großes Konzert (Militärmusik)

ausgeführt von der uniformierten Schützengilde Bad Schmiedeberg
20 Mann

während der Sommerferien Kaufstelle - Leitung: Kapellmeister Wlaslo
Ausgewähltes Programm, u. a. **Saufarenmärsche für Herolds-**
kompeten - **Tubaphonolo** usw.

2 Kapellen
Stimmungsmusik **Tanzfränzchen** Eintritt 0,75
einchl. Steuer

Ausnahme-Angebot

Wegen Räumung meines Lagers

Kreissägen

sehr stabile Bauart

mit Rolltisch RM 85,-

mit Kipptisch RM 105,-

Ernst Roming, Wittenbergerstraße

Gesellschaftsspiele

empfeht in reicher Auswahl

Richard Arnold, Leipzigerstr.

**Praktische und preiswerte
Weihnachts-Geschenke**

finden Sie für jeden Geschmack in meinem gut sortierten Lager.

Meine Ware lege ich Ihnen gern unverbindlich und **ohne jeden
Kaufzwang** vor.

Ein frühzeitiges Einkaufen sichert Ihnen ein ruhiges Aussuchen und
eine reichhaltige Auswahl



Ich kaufe meine Waren zusammen
mit über 400 anderen Geschäften
durch die

Deutsche Einkaufs-Genossenschaft
Erfurt—Chemnitz—Berlin
gemeinsam ein. Die in diesem
Einkaufsverband zusamenge-
schlossenen 400 Geschäfte ver-
kaufen alljährlich für über 100
Millionen Reichsmark Waren. Bei
diesem gewaltigen Warenbedarf
werden im **gemeinsamen** Ein-
kauf niedrigste Preise erzielt —
hierin liegt das Geheimnis meiner
billigen Verkaufspreise

Magnet das Kennzeichen für
billig und gut

Wilhelm Weydanz

An den Sonntagen vor Weihnachten
von 11—6 Uhr geöffnet

Bitte beachten Sie
die Auslagen in
meinen Schaufenstern

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprech-Nr 203

Gorgen der Wirtschaft.

Die Wirtschaftslage Deutschlands steht gegenwärtig im Zeichen steigender Inflationen. Nach einem leichten, fast ausschließlich saisonmäßigen Rückgang in den Sommermonaten hat sich die Situation seit einiger Zeit wesentlich verschärft. Die Zahl der Konsumte erhöhte sich im Oktober auf 840 gegen 657 im Vormonat und 655 im Oktober 1928. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurden insgesamt 8152 Konsumte eröffnet gegenüber 8120 im ganzen Jahre 1928, so daß also Ende Oktober die Vorjahresziffer bereits überschritten wurde. Ueber die den Gläubigern aus den Zahlungseinstellungen erwachsenden Verluste hat das Institut für Konjunkturforschung in einem seiner Wochenberichte Ende Oktober einige interessante Berechnungen veröffentlicht. Die Steigerung der Gläubigerverluste wird hier gegenüber dem Vorjahr auf einen Betrag von mindestens 130 Millionen Reichsmark geschätzt, eine Umfänglichkeit, die vermutlich hinter dem tatsächlichen Umfang der Verluststeigerung noch beträchtlich zurückbleibt. Die gesamte Ausfälle der Gläubiger wurden vom Institut für das Jahr 1928 auf mindestens 470 Millionen Reichsmark beziffert, ein Betrag, der sich nach den bisherigen Ergebnissen für 1929, nun auf mindestens 600 Millionen Reichsmark heben wird. Besonders wichtig ist hierbei freilich wieder die Schädigung der Gläubiger durch vorübergehende Fiktivierung von Betriebsmitteln in erst später realisierbaren Forderungen während der Abwicklung der Insolvenzverfahren, nach die Verluste aus Füllen, in denen mangels Masse es überhaupt nicht zur Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens kam.

Die starke Zunahme der Insolvenzen in den letzten Monaten steht zum Teil in engem Zusammenhang mit der Entwicklung an den deutschen Börsen. In zahlreichen Fällen sind die beunruhigenden Zahlungseinstellungen mehr oder minder bedingt durch die außerordentliche Reuktion des Aktienkursniveaus durch die hierdurch verursachte Schwächung der Kreditpositionen sowie durch eingetretene Kredite größeren Ausmaßes. Diese Zusammenhänge erklären übererweitert den relativ hohen Anteil, mit dem deutsche Privatbankfirmen — darunter gute Namen — an den Insolvenzen der letzten Wochen beteiligt waren. Die Kreditlage der Gesamtwirtschaft zeigt weiterhin eine Tendenz zur Entspannung, die zwar nur zögernd sich durchzusetzen vermag, jedoch unverweifelbar ist. Einer Verschleppung dieses Entspannungsprozesses steht immer noch die Ungeklärtheit der öffentlichen Finanzpolitik und ihrer künftigen Ansprüche an den Geldmarkt entgegen. Die dilatorische Behandlung dieses Problems wirkt als ein Faktor der Unsicherheit, verzögert den Prozeß der Geldentspannung und laßt so alle Anlässe zu einer Weiterentwicklung der Konjunktur auf der Basis billigerer Geldverhältnisse. Zum Zweck der Konfliktlösung der zukünftigen kommunalen Verwaltung ist in den letzten Tagen die Landeshand der Rheinprovinz mit dem Plan einer Umschuldungsaktion an die Öffentlichkeit getreten. Träger der Umschuldung sollen die rheinischen Sparkassen und die Landeshand sein; den Kommunen soll für die Umschuldung ein Effektivzins von etwa 8,9 Prozent berechnet werden.

Je schlechter die Konjunktur, je höher der Konsumrentenfall und je geringer infolgedessen die Verdienste, um so verhängnisvoller die Wirkungen, die die heutige Ueberbesetzung des deutschen Unternehmenszeitigen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat vor einiger Zeit eine Untersuchung veröffentlicht über die Bedeutung, welche die Steuerbelastung innerhalb der Gesamtkalkulation eines industriellen Unternehmens besitzt. Die Feststellungen stützen sich auf die Befragung von 1065 Unternehmen mit mehr als

25 Prozent des Nominalkapitals sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften. Für die Erhebung maßgebend war das Geschäftsjahr 1927. Eine Abschätzung der Unternehmenserträge ergab sich eine durchschnittliche steuerliche Gesamtbelastung von 51,3 Prozent des steuerpflichtigen Ertrages. Die Steuerlast entspricht etwa 3,65 Prozent des industriellen Umlages und etwa 4,00 Prozent des gesamten arbeitenden Kapitals.

Die Rationalisierung hat der deutschen Industrie Märkte wieder geöffnet, die in den Kriegsjahren verloren gingen. Handelt es sich darum, diese Märkte zu sichern und zu erweitern. Die letzten Jahre sind jedoch auch im Auslande bei Deutschlands Konturrenten am Weltmarkt zu einer stetigen Verbesserung und Ausdehnung des industriellen Aufbaus ausgenutzt worden. Eine Abschmähung der Weltkonjunktur müßte infolgedessen sehr bald in einer merklichen Verschärfung des Wettbewerbs an den internationalen Märkten spürbar werden. Seit einiger Zeit deutet vor allem die Entwicklung in den Vereinigten Staaten auf eine langsame Sättigung des inneren Marktes. In den letzten Tagen sollen zwischen der amerikanischen Regierung und führenden Industriellen Verhandlungen gepflogen worden sein über die Möglichkeiten einer Politik der Konjunkturabsicherung; man denkt dabei namentlich an verfrühter Vergabe privater und öffentlicher Bauaufträge unter Erleichterung der Finanzierung. Freilich werden solche Maßnahmen eine geleitete Exportaktivität der USA an den Ueberseemärkten, insbesondere in Mittel- und Südamerika sowie in den Ländern des fernen Ostens, nicht verhindern können. Von hier aus gesehen bleibt die Exportfrage für Deutschland ein Problem, dessen Lösung aus engster mit der Reform der wirtschaftlichen Finanzpolitik verknüpft ist.

Arbeitslosenversicherung und Arbeitgeber.

Die Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes haben mit Wirkung ab 1. 11. 29 eine Reihe wichtiger Änderungen erfahren, die auch für die Arbeitgeber von Interesse sind:

1. Angestellte in höherer und leitender Stellung, die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes pflichtversichert sind (Gehaltszonen 8400,— RM), sind auch in der Arbeitslosenversicherung versicherungspflichtig. Der von Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zu tragende Beitrag kann monatlich insgesamt 9,— RM nicht übersteigen. Die Arbeitgeber sind zur Anmeldung dieser Angestellten bei der Krankenkasse (als Einzugsstelle der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung) verpflichtet.

2. Als Land- und forstwirtschaftliche Beschäftigte, die Versicherungsfreiheit begründet, gilt künftig nur eine solche, die ihrem beruflichen Wesen nach der Land- und forstwirtschaft angehört und in der Hauptsache dort ausgeübt zu werden pflegt. Daher sind häusliche Gemüse-, Guts-, Haus-, Gasseure, Stenotypistinnen, auch wenn sie von einem Landwirt beschäftigt werden, versicherungspflichtig und bei der Krankenkasse unverzüglich wieder anzumelden, wenn für sie Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht entrichtet worden sind.

3. Neu ist die Versicherungsfreiheit von geringfügigen Beschäftigten, die nur nebenberuflich ausgeübt werden, gleichwohl, ob der Beschäftigte im Hauptberuf Arbeitnehmer oder selbständig (Landwirt, Kaufmann) ist. Als geringfügig gilt die Beschäftigung dann, wenn sie auf weniger als 24 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche beschränkt zu sein pflegt oder wenn für sie kein höheres Arbeitsentgelt als 8 RM wöchentlich (35 RM monatlich) vereinbart oder ortsüblich ist. Die Versicherungsfreiheit bezieht sich auch dann, wenn die Beschäftigung transeuropäisch erfolgt, doch hat der Arbeitgeber dann den Arbeitgeberbeitragsanteil zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Danach unter-

liegt z. B. eine Ehefrau, die an drei Tagen in der Woche je 4 Stunden als Aufwartung tätig ist und 6 RM wöchentlich verdient, nicht der Versicherungsspflicht in der Arbeitslosenversicherung, obgleich sie Krankenversicherungs-pflichtig ist.

4. Versicherungsfrei ist auch die Tätigkeit von Zwischenweilern, die nicht den überwiegenen Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen.

5. Versicherungsfrei bleibt bis heute die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer (in der Landwirtschaft: mehr als einjähriger Dauer); doch erlischt die Versicherungsfreiheit bereits 12 (bisher 6) Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Am 1. 11. 1929 wurden daher alle bisher befreiten Lehrlinge versicherungspflichtig, deren Lehrverhältnis bis zum 31. 10. 1930 abläuft.

Für unentgeltlich beschäftigte Lehrlinge und für Lehrlinge, deren Arbeitsentgelt geringer als 6 RM in der Woche (25 RM im Monat) ist, beträgt der Betrag zur Arbeitslosenversicherung mindestens 3% dieses Betrages.

6. Die Versicherungsfreiheit tritt kraft Gesetzes ein, doch ist die Befreiungsangelegenheit mit der Anmeldung zur Krankenkasse oder binnen 8 Tagen nach dem Eintritt des Befreiungsgrundes vom Arbeitgeber zu erklären. Die Unterzeichnung der Anzeige durch den Arbeitnehmer ist nicht mehr erforderlich. Unterbleibt die Anzeige, so bleibt der Arbeitgeberbeitragspflichtig; außerdem kann über ihn eine Ordnungsstrafe verhängt werden. Durch gleichwirdige Beitragsleistung erwidert der Arbeitnehmer seine Anwartschaft auf Unterzeichnung. Vorbrüche für die Befreiungsanzeigen sind bei den Krankenkassen erhältlich.

7. Die Verpflichtung der Arbeitgeber, den gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeitnehmern nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Arbeitsbescheinigung auszustellen, ist beibehalten geblieben. In der Bescheinigung muß u. a. das Arbeitsentgelt der letzten 26 (nicht wie bisher 13) Wochen nachgewiesen werden. Weiter muß der Arbeitgeber die Zeiten angeben, in denen der Arbeitnehmer wegen Arbeitsunfähigkeit nicht gearbeitet hat. Und schließlich muß der Arbeitsbescheinigten, in denen die Arbeitszeit normalerweise weniger als 24 Stunden in der Woche betragen hat, diese Tatsachen in der Arbeitsbescheinigung erichtlich gemacht werden; ebenso muß es angegeben werden, wenn bei einem Beschäftigtenverhältnis, das nicht während einer ganzen Kalenderwoche bestanden hat, die Arbeitszeit weniger als 4 Stunden am Tage betrug.

Wacht der Arbeitgeber in der Arbeitsbescheinigung falsche oder unvollständige Angaben, so hat er die Krankenkasse für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung allen daraus entstehenden Schäden zu ersetzen; überdies droht dem Arbeitgeber gerichtliche Befristung mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 3 Monaten. Daher ist auch auf die richtige und genaue Angabe des Grundes für die Lösung des Arbeitsverhältnisses besonders zu achten.

Einfort. Zwei Bergarbeiter verhaftet. Auf der Zeche Friedrich Heinrich in Einfort hat sich ein schweres Unglück zugetragen. Zwei Bergarbeiter wurden von herabfallenden Gesteinsmassen von etwa 16 Zentnern erschlagen. Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten hatten zwar den Erfolg, daß man beide noch lebend bergen konnte, doch hatte einer von ihnen sofort nach der Entfesselung ins Krankenhaus, während der andere mit schweren Verletzungen darniederliegt. Beide Verlegte hatten schwere Wirbelsäulenbrüche davongetragen.

Schwerer Einbruch. Ein schwerer Goldwareneinbruch. Nachts wurde bei dem Wetzlarer Julius van Sey ein schwerer Goldwareneinbruch verübt. Die Diebe drangen vom Hof aus in den Keller des Gebäudes ein und verpackten mit durch die Hintertür an dem Eingang zum Saben. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beläuft sich nach überschätzter Schätzung auf über 15 000 RM. Der Schaden ist ihm beträchtlicher, da er nicht durch Versicherung gedeckt ist.

Doktors Lächlerlein.

Original-Novelle von Ludwig Blümle.

6) (Nachdruck verboten.)

Als Heribert an nächsten Tage mit schwerem Kopfe erwachte und sich nach und nach der gestrigen Vorgänge bewußt wurde, da besah er ein Gesicht der Scham, und sein Verhalten dünkte ihm unverantwortlich. Aber dann trat ihm wieder Helene's hebrige Gesicht vor die Seele, er hörte ihr Lachen, sah in ihre dunklen, wunderbaren Augen, und unwillkürlich rief er aus: „Es war kein Unrecht, warum soll ein unschuldiges Vergnügen nicht gestattet sein?“

Als Heribert seinen Morgenkaffee eingenommen hatte, hörte es an der Tür, und auf sein heftiges „Geeh!“ trat der Präses seines Corps, Herr von Gerlach, ein. Dieser ein Studio von höheren Semestern, von imponierendem Aussehen, widmete sich dem Studium der alten Philologie. v. Gerlach war ein überaus befähigter Mensch und es unterlag keinem Zweifel, daß die Universitätslaufbahn, der er sich zu widmen vorhatte, für ihn ein ehrenvolles werden würde. Heribert sah in dem Gesicht seines Corps das Ideal eines Studenten. Kein Mensch auf der Erde imponierte ihm mehr als dieser, dessen ehrwürdiger Charakter in der Tat der Höhe der Bewunderung würdig war. v. Gerlach hatte nichts von dem Schichten, Oberflächlichkeiten an sich, das Heribert bei so vielen Kommilitonen fand, er hatte Energie und Feuerflügel, er war ein Mann des Willens und der Tat.

Kein Wunder also, daß der junge Student ein recht verlegen s Gesicht machte, als des Präses' ritterliche Gesicht vor ihm vor ihm stand. „Nun, mein Lieber,“ sagte dieser nach kurzem Geusche mit seiner volltönenden Stimme, „es tut mir aufrichtig leid, daß du dich gestern einmal wieder von deiner Leidenschaft zu weit fortziehen ließest. Ich weiß alles. Du hast mit Schauldienern Setz getrunken und dich von einem

Mädchen, das wohl kaum mehr besitzt als eine schöne Gestalt, blenden lassen. So müdest dich bitten, die „Dier“ in Zukunft zu meiden.“

Erstarrt erwiderte Heribert: „Ich gebe zu, daß ich etwas tat, was unehrenhaft und recht fleintlichen Charakter entgegensteht. In dessen kann ich dir nicht versprechen, daß ich die „Dier“ nicht wieder besuchen werde.“

v. Gerlach sah den jungen Kommilitonen mit feinem Lachen, großen blauen Augen sehr ernst an und sagte, nach seinem Zorn greifend und zur Tür hinweisend: „Heribert, laß dich warnen, es zu spät ist. Ich meine es gut mit dir. Ueberlege die Sache. Und nun adieu!“

Heribert schritt sehr erregt in seinem Zimmer auf und ab.

Gerlach wollte, aber in so bestimmten, fetten Widerspruch bildenden Ton gesprochenen Worte hatten Eindruck auf ihn gemacht, denn er sagte er sich immer wieder: „Es ist nicht richtig, was er von mir verlangt. Ich hoffe diesen elenden Weibsdünkel, der viele meinesgleichen die Stimme reiner, menschlicher Menschheit nicht verzieht, nicht. Adel besitzt allein der edle Mensch. Und ich es Adel, wenn ich ein Knecht von hoher Geburt niedriger Menschen schämt? Nein, nicht! Ich folgere der Stimme meines Herzens und das werde ich tun.“

Als Heribert eine Stunde später zum College ging, traf er Fritz von Berner mit zwei anderen Corpsbrüdern. „Na,“ schmarten sie ihm entgegen, „gehts wieder in die Dier heute?“

Diese von höchsten Tadel begleitete Frage erregte Heribert so sehr, daß er ohne ein Wort zu erwidern kehrt machte und nach Hause eilte.

Heribert schrieb an Gerlach einen Brief in dem er ihn bat, ihm den ehrenvollen Austritt aus dem Corps zu erwirken, da es ihm unmöglich wäre, demselben länger anzugehören.

Gerlach hatte darauf eine lange Unterredung mit dem jungen Heißhörn. Seine Verusche, denselben eines Besseren zu belehren, ihm das Dürchichte, Unrecht seiner

Ideen zu erklären, sowie an Heriberts e. imm. Er trat aus dem Corps, beachtete die meisten Kommilitonen in der Folgezeit ebensowenig, wie ich beachteten, behütete täglich die Dier und hatte bald nur noch den einen Gedanken, Helene zu besitzen für Zeit und Ewigkeit. Freilich hatte er der schönen Schauldienerin diesen Gedanken noch mit keinem Worte verraten. So oft schon hatte er ihr, wenn er nach dem Theater noch Gelegenheit gehabt, sie zu sprechen, sein Herz ausschütten wollen, aber es fehlte ihm stets das rechte Wort und ein undefinierbares Gefühl, eine geheimnisvolle Macht schünte ihm in entscheidenden Augenblick immer die Sprache.

Heute fiel die Vorstellung aus, da Direktor Strüwing erkrankt war.

Heribert hatte sich seit langer Zeit zum ersten Male wieder in ein „...“ saßliches Ding verwickelt und nur durch die Hilfe seiner einen langen Zeit hatte er sich gelungen, er bezog, was ihm sonst Tag und Nacht beschäftigte. Da trat seine Wirtin, eine alte, respektable Dame, mit erster Wiele ein und meldete ihm, draußen wäre ein Fräulein, das ihn dringend zu sprechen wünschte. Er warf die Bücher beiseite und stürzte hinaus.

Selene stand vor ihm! Goldbrüstend, sagte sie, nachdem Heribert sie erregt in das Zimmer seiner Hausfrau hineingelockt hatte: „Ach mein teurer Herr Graf, verzeihen sie meine Dreistigkeit! Ich ... es ist unpassend, daß ich Sie aufsuche. Aber die bitterste Not läßt mich in diesem Augenblick die Regeln des guten Tones vergessen. Ich weiß ja auch, welche ehrenwerter Charakter Sie sind, verehrt Herr Graf, darum wage ich es, vor Sie hinzutreten. Sie haben gewiß schon erfahren, daß heute abend die Vorstellung ausfällt, da mein Vater krank ist. D. er ist sehr elend, und wir sind nicht einmal in der Lage, einen Arzt zu rufen, da wir vollkommen mittellos sind. Ich komme nun, um es kurz zu machen, zu Ihnen, Herr Graf, unserem einzigen Freunde, um Sie um Rat und Hilfe anzuflehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft * Kultur * Leben

Der Notruf aus dem Rheinland.

Kein Zweifel: es wird ein Winter ganz besonderen Mähergebnisses werden, und ein Winterleiden dessen, was uns bevorsteht, ist der auf die immer trostloser werdende Wirtschaftslage verweisende Notruf der Kölner Industrie- und Handelskammer. Mit vollem Recht wird dort betont, daß dies sorgfältige Zehren von der Substanz zum völligen Ruin führen und daß man vor allem die indirekten Steuern erhöhen muß. Und doch hat hier eine Einschränkung Platz zu finden: Wenn nämlich auf der anderen Seite erklärt wird, daß in erster Linie die Landwirtschaft der Kürzungen bedürftig ist, so darf man nicht auf dieser eine erhöhte Biersteuer fordern. Das hieße nämlich — an nachfolgenden Tafeln gemessen —, den Teufel mit Beselzebub vertreiben.

Die beabsichtigte 50prozentige Biersteuererhöhung mit einem Ertragsfall von 180 Millionen Mk. muß nämlich einen Mindestertrag der Biererzeugung um 10 v. S. bringen, d. h. einen Jahresanfall von etwa 50 Millionen Mark. Nun bezieht die Brauindustrie von der Landwirtschaft jährlich 12—13 Millionen Doppelzentner Gerste, die einem Wert von rund 300 Millionen Mk. entsprechen, weiter etwa 250 000 Zentner Sojapfen für 50 Millionen Mk. Der Rückgang der Biererzeugung würde also einen Rückgang der Gerste- und Sojaproduktion und dadurch eine empfindliche weitere Schädigung der Landwirtschaft bedeuten.

Ein Drittel dieses Gerstenverbrauches geht in Form von verschiedenen Futtermitteln, Malzheinen, Trockentrebren oder Malttreibern, wobei den Trockentrebren in jeder Beziehung der Vorrang zu geben ist, in Höhe von 2—4 Millionen Doppelzentnern an die Landwirtschaft zurück und entfällt auf einen Wert von 7 Millionen Mark. Ein Rückgang der Futtermittel bedeutet aber wieder Rückgang der Milchproduktion. Am 1. Dezember 1927 kamen auf 18 Millionen Stück Rindvieh 10 Millionen Stück Milchkuhe, deren Milchtrag 3,6 Milliarden Mark betrug. Dagegen steht noch eine Einfuhr von 500 Millionen Mk., die bei einer Mehrleistung der Milchkuhe um 2—400 Mr. jährlich befähigt werden könnte. Dies ist nach den Mitteln der Landwirtschaftlicher Kreise durchaus möglich bei richtiger Zusammenstellung der Kraftfuttermittel, mo dem Trockentreib für Deutschland die größte Bedeutung zukommt, weil er ein Inlandsabfallprodukt der Brauindustrie ist. Rückgang der Kraftfuttermittelmenge bedeutet Rückgang der Milchproduktion und damit Erhöhung der Milchpreise, also Kapitalabwertung ins Unendliche und Verminde rung der Eigenkapitalbildung.

Eine weitsehende Ernährungs- und Wirtschaftspolitik muß daher jede steuerliche Belastung vermeiden, die der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel die Tore öffnet und die Eigenproduktionsmöglichkeiten und vorhandenen Arbeitskräfte zum Vorteil einer ausländischen Volkswirtschaft nicht ausnützt.

Diese Gesichtspunkte zeigen also deutlich die innerliche Verflochtenheit der Brauindustrie und Landwirtschaft und die Bedeutung für die heimische Volkswirtschaft und deren Wirtschaftlichkeit, und darum müssen die — wie gesagt — an sich überhöhten Kölner Forderungen in dieser Form eingeschränkt werden, im Gegenteil zu den rein ausländischen Genussmitteln, wie Tee, Kakao und Kaffee, deren Förderung für unsere Wirtschaft keine irgendwie verhängnisvollen Folgen haben würde.

Im Auto an die deutsche Nordsee.

Eine neuzeitliche Autogarage wird von der Ender Handlungsgesellschaft neben der Abfertihalle der Dampfer in Norddeich errichtet (Ueberfahrt nach Nordenney 45 Minuten). Sie wird Autoboren, eine gedeckte, abgeschlossene Unterstellhalle und einen umzäunten und bewachten Parkplatz umfassen. Sanftstellen, Reparaturwerkstatt (Ersatzteile), Abwaschraum und Grube sind vorgesehen. Auf Wunsch wird die Wagenpflege übernommen werden. Als besondere Bequemlichkeit neben den selbstverständlichen Annehmlichkeiten und Waschräumen ist Uebernahme der Wagen bei Ankunft und Uebergabe bei Abfahrt am Dampfer vorgesehen. Die Garage wird direkten telephonischen Anruf von Nordenney erhalten. Nachdem so eine sichere Unterbringung der Wagen und ihre sachgemäße Pflege gewährleistet ist, bietet Nordenney alle Vorzüge eines bequem erreichbaren Autoziels — die 45 Minuten Ueberfahrt fallen umso weniger ins Gewicht,

als man fast von einem Pendelverkehr zwischen Nordenney und Norddeich im Sommer sprechen kann — hat aber vor den belgisch-holländischen Kanalbädern voraus, daß im Badeort selbst jeder Hüpenlärm, jeder Straßenlärm und Benzingeräusch fehlt.

Frühzeitige Weihnachtseinkäufe.

Die gesteigerte Kaufreudigkeit in der Weihnachtszeit bringt eine erfreuliche Belebung des Geschäftsumsatzes mit sich, gleichzeitig stellt sie aber auch außerordentlich starke Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Verkäufer und Inhaber der Ladengeschäfte, die alle Kräfte aufbieten müssen, um dem Ansturm der Käufer gewachsen zu sein. Die Käufererschaft will ja, um ihren Bedarf an Weihnachtsgeschenken recht zweckentsprechend auswählen zu können, Zeit und Ruhe zum Einkauf, zur Auswahl und Prüfung haben, will aufmerksam bedient sein, denn nicht nur das Schenken, sondern auch der Einkauf soll Freude machen.

Eine reibungslose Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes für beide Teile, Käufer wie Verkäufer, kann erreicht werden, wenn die Käufererschaft die eindruckliche Mahnung beherzigt, möglichst recht frühzeitig einzukaufen.

Reise-Tage.

Der 4. Strafsenat des Kammergerichts hat sich in einem Urteil mit dem Begriff des Saisonüberkaufs und der Resttage beschäftigt und u. a. folgendes ausgeführt:

Die Anführung von Resttagen ist nur für solche Waren zulässig, die meterweise gehandelt werden, und bei denen der übrigbleibende Teil nicht mehr den vollen Verkaufswert besitzt. Wird die Anführung des Ausverkaufes von Saisonware, die in dem vorangegangenen zulässig beantragten Saisonüberkauf nicht abgekauft werden konnte, unter der Bezeichnung von Resttagen durchgeführt, so liegt darin ein Verstoß gegen den § 9, Abs. 2, § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Verbindung mit der betreffenden Ausverkaufsanordnung.

Die Kündigungsruf am Sonntag.

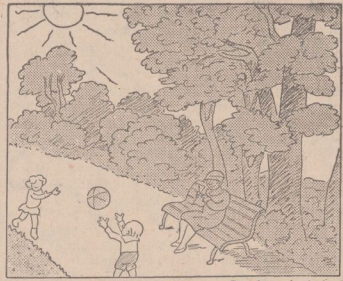
Die Frage, welches der letzte Zeitpunkt für eine Kündigung ist, erscheint oft zweifelhaft. In einem Fall, mit dem sich das Reichsarbeitsgericht soeben zu beschäftigen hatte, war monatliche Kündigung ausgemacht. Der letzte Tag der Kündigungsfrist fiel auf den 30. September, einen Sonntag. Das Arbeitsgericht hat ausgesprochen, daß die erst am Montag erfolgte Kündigung noch rechtswirksam war, weil der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag fiel. Es kann also, wenn an einem Sonn- oder Feiertag die Kündigung abläuft, auch noch am folgenden Werktag eine Kündigung rechtswirksam ausgesprochen werden.

Nach den Wahlen.

Beziehung und — Erfüllung.



Viele Blätter liegen nach den Wahlen vor den Wahllokale. Jedes Flugblatt preist noch seine Liste, liegt's auch längst schon auf dem Mist.



Und im Frühling, wenn der Tauber girt, mächtig es auch Frühling wird. Eitel Sonne scheint in Massen — darauf kamst du dich verlassen.



Wird es wahr, was sie versprechen alles, Mensch, los bist du deinen Dalles, Im Schlaraffenlande kamst du praßen — schade, kamst dich nur nicht drauf verlassen.

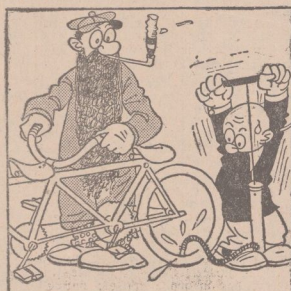
Rund um den Erdball.

In der Wahnne eines Gablouzer Wahllokals befand sich bei den scheinbarwählenden Wahlen auch ein Umschlag, in dem statt des Stimmzettels ein Zettel lag mit der Aufschrift „Tejaia 41 Vers 24“. Der Vers lautet: „Siehe, Ihr seid aus nichts und Euer Tun ist auch aus nichts und Euch zu wählen ist ein Greuel.“

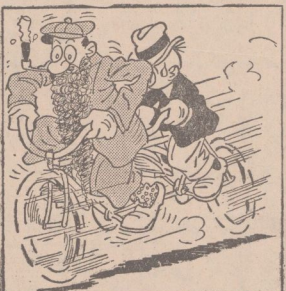
Eine der bekanntesten wissenschaftlichen Autoritäten Englands, der Physiker Oliver Lodge hat in einer Sitzung der englischen Naturforscher-Vereinigung erklärt, es sei ihm gelungen, mit Hilfe eines speziell konstruierten Elektroskops die Kraft des menschlichen Willens zu messen. Lodge ist überzeugt, daß das menschliche Auge elektromagnetische Strahlen ausstrahlt, deren elektrische Energie naturgemäß ungemein gering sei. Es sei ferner anzunehmen, daß diese merkwürdige Strahlung des menschlichen Auges durch starke Willenskonzentration an Kraft gewinnen könne. Weiterhin beschäftigte sich Lodge noch mit gewissen Erscheinungen von Ueberreiztheit der Schilddrüse, durch die im Zusammenhang mit der angelegten elektrischen Energie des Willens gewisse Heilserfolge erklärt werden könnten.

Der Konkurrenzkampf zwischen den amerikanischen Theatergruppen hat kürzlich eine nützliche Idee hervor gebracht. Der Inhaber einer solchen Schule in San Francisco kündigt an: Jede Dame, die sein Institut zwei Jahre lang besucht und hiernach kein Engagement mit mindestens 50 Dollar wöchentlich findet, bezw. bei ihrem ersten Auftreten so wichtig ist, daß sie auf die Bühnenlaufbahn verzichtet, erhält von einer Versicherungsgesellschaft für die Dauer eines weiteren Jahres eine Rente, die es ihr ermöglicht, einen anderen Beruf zu ergreifen.

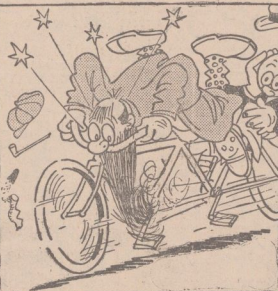
Stups, das Tandem und der Vollbart



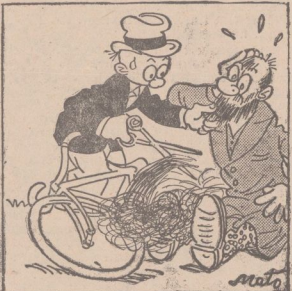
Stups pumpt Luft. Will Tandem fahren. Partner frohrt von Vollbarttaoren.



Voller Mühsal strampeln schon Stups und bärtige Person.



Doch das alles hilft nicht mak. Bart verhängt sich im Pedal.



Selbst nach so viel Fahrrad leiden Glück es Stups, gut abzuscheiden.

Christbaumsehneue

reichhaltige Auswahl bei Richard Arnold

Baumbehang

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt* und *Musiziertes Unterhaltungsblatt*. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenspreis: Die Hauptzeile Petitspalt oder deren Raum 15 Pfg., die Hauptzeile, Kleinspalt 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 146

Dienstag, den 10. Dezember 1929

31. Jahrg.

Kenos in Kürze.

- Die Pariser Presse zeigt sich recht aufgeregt über Schachts Memorandum und kommentiert dasselbe in wenig freundlicher Weise.
- Im polnischen Sejm hat die Regierung eine schwere Niederlage erlitten, man glaubt aber nicht, daß sie die Konsequenz, den Rücktritt, ziehen wird.
- Eine Anzahl führender Generale und Politiker verlangt die Abschaffung des Wehrdienstgesetzes, ohne die an eine innere Befriedung nicht gedacht werden könnte.
- Durch eine Beteiligung des Reichs an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste ist deren Leistungsfähigkeit erheblich gehindert worden.

Eine Aktion Dr. Schachts.

Der Reichsamtpräsident gegen „Verfälschung“ des Young-Planes

eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftsbelastung die Young-Jahresplan auszuführen in der Lage ist.

Die Denkschrift des Reichspräsidenten Schacht über die vertriebenartige Auslegung des Young-Planes hatte in allen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Wenn auch über die Art und Weise des Vorgehens des Reichsamtpräsidenten zunächst noch Unklarheit besteht, herrscht dennoch Einmütigkeit darüber, daß Schacht sehr schwerwiegende Beweggründe für einen so außerordentlichen Schritt gehabt haben muß. Es muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß Schacht schon öfter in einer reichlich überheblichen Form in der Öffentlichkeit auftrat, wobei er mehr persönliches als allgemeines Interesse in den Vordergrund hob und das alles immer mit einer überaus großen Willkür.

Wenn so gegen diese Methode der Willkür, die Herr Schacht so eigen ist, die schärfste Frontstellung eingenommen werden muß, so soll das nicht hindern, nach der laschlichen Seite seine Darlegungen zu prüfen. Und da muß vorerst einmal außenpolitisch festgestellt werden, daß die Entente wirklich erkennen dürfte: jetzt muß aber einmal Schluß gemacht werden mit den Forderungen an Deutschland. Schacht hat in einer ganzen Anzahl von Punkten durchaus recht, das gilt insbesondere für den deutsch-französischen Handelsvertrag. Verderblich aber hinzugefügt werden darf nicht aufgenommen wäre, wenn die Pariser Sachverständigen sich auf eine klarere Formulierung geeinigt hätten. Daß ein deutsch-belgisches Abkommen notwendig wäre, wußte Herr Schacht, und was das deutsch-polnische Handelsabkommen anlangt, so sind das einflussreichen noch ungelegte Eier, denn dieses Abkommen ist noch nicht ratifiziert und seine Annahme durch das polnische (sowohl als auch durch das deutsche) Parlament erscheint noch zweifelhaft.

Daß innerpolitisch eine notwendige Lastenerleichterung eintreten muß, ist sicher. Wenn hat Herr Schacht hier aber schon lange geandert. Da er aber als kein Staatsrechtler aber als alte Seele die Schuld tragen, braucht in diesem Augenblick nicht unterläßt zu werden. Wichtig ist, daß viele Dinge vor dem Willkür standen, denn das Reichsamt hat sich gerade in dieser Woche mit den Fragen der Finanzreform eingehend beschäftigt. Es muß erwartet werden, daß sich in der Reichsregierung und im Reichsamt be-

lebendigen Kräfte durchsetzen, die eine gründliche Revision des Reichsfinanzen erziehen.

„In schroffem Widerspruch.“

In einer amtlichen Erklärung heißt es: Der Herr Reichsamtpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein Memorandum zu den in Wana befindlichen Verhandlungen über den Youngplan und zu den Fragen der Finanzpolitik vorgelegt. Die Reichsregierung muß ihr Bestreben über die Veröffentlichung aussprechen, die vorliegt mit der die Stellungnahme des Herrn Reichsamtpräsidenten erfolgt. Sie gefährdet die einheitliche Staatsführung. Der Herr Reichsamtpräsident hatte zwar im Laufe der Besprechungen angekündigt, daß er sich vorbehalten müsse, seine Auffassungen über die Beurteilung der schwebenden Frage darzulegen. Er hat dabei aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form geschehen werde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und Inhalt des Memorandums sowie der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch. Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen. Die Reichsregierung ist sich bereits in den letzten Tagen darüber schlüssig geworden, dem Reichstage im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung der Kassenlage, insbesondere auch von den Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung durch Verwertung der Einnahmen der Ankauf umfassen. Den Sachverständigen der an der Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine Einladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang der kommenden Woche zugegangen.

Bekanntgabe des Finanzprogramms.

Einmütigkeit des Kabinetts über die Verlautbarung.

Zu der Auseinandersetzung zwischen dem Reichsamtpräsidenten Schacht und der Reichsregierung wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß nicht erst die Denkschrift des Reichsamtpräsidenten die Regierung veranlaßt habe, ihr Finanzprogramm bekanntzugeben. Wichtig sei allerdings, wie ja auch schon aus der veröffentlichten amtlichen Verlautbarung hervorgehe, daß das Finanzprogramm nur in seinen Grundzügen bekanntgegeben werden solle.

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die oben genannte amtliche Verlautbarung nur im Reichstagsklub während der Sitzung stattgefunden habe, ist nicht genügend richtig bezeichnet. Im Kabinett ist vollkommene Einmütigkeit über die Verlautbarung erzielt worden.

Pariser Aufregungen.

Die französischen Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit der Denkschrift Dr. Schachts an die Reichsregierung.

Das „Echo de Paris“

schreibt: Die Kritik, die Dr. Schacht an der Reichsregierung übt, indem er ihr vorwerft, den Sachverständigenbericht, wie er, Schacht, ihn angenommen und unterzeichnet habe, gefällt zu haben, sei nur wenig überzeugend. Die Behauptung, daß die zweite Saarer Konferenz vorbereiten lassen, zu Vorsitz zu verleihen habe, die den Gedankengang der Sachverständigen entgegengelehrt seien. Barler Götter hat nicht umsonst seit Monaten wiederholt, daß Fiktion der deutschen Finanzen dem Unteranga entgegenläuft. Die Folgen der Schächtlichen Denkschrift dürften nicht übersehen werden. Sie werde zwar bei der Volksoffentlichung am 22. Dezember die Waagschale nicht zu ungunsten zugunsten auswiegen lassen, aber sie werde eine neue Menge von Unzufriedenheiten in den Reichstagsklub auf die deutschen Unterhändler bei der nächsten Konferenz einen Einfluß ausüben. Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ meint: Die Denkschrift Schachts trifft nicht nur die Politik der Vertragsausführung, sondern auch gleichfalls den Gedankenfortschritt der Fiktion bedenkend.

Das „Journal“

bespricht, Präsident Schacht habe wieder einmal das deutsche Volk in Mißtreue gebracht. Man könnte an der Aufrichtigkeit des deutschen Volkes Zweifel hegen, wenn nicht zur Verhütung die äußerst energiegeliche Erklärung der Reichsregierung da wäre. Man dürfe ferner nicht vergessen, daß Dr. Schacht durch seine Veröffentlichung ohne sich vorher mit den Sachverständigen der ausländischen Emmissionen, insbesondere mit Moreau, in Verbindung gesetzt zu haben, es wieder sehr an Lutz habe fehlen lassen.

Der „Figaro“

erklärt, die Deutschen hätten einen romantischen Geschmack für die Ingenierkunst. Die faktbündigen Politiker wußten sich dessen sehr zu bedienen.

Der „Welt Parisien“

führt aus, daß Schacht nicht nur seiner Haltung, die er während der Sachverständigenarbeiten in Paris eingenommen hatte, sondern er mehrmals den guten Ausgang der Konferenz zu gefährden drohte, treu geblieben sei, sondern auch seinen ehelichen Verbindungen, eines Tages deutscher Reichstagsminister zu werden. Die energiegeliche Erklärung der Reichsregierung hätte ihm aber gezeigt, daß die Stunde für ihn noch nicht gekommen sei.

Der Ausbau der Preußenkasse.

Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Reich.

Berlin, 8. Dezember.

Zwischen der Reichsregierung und dem Preussischen Staatsministerium ist seit längerer Zeit über eine Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste verhandelt worden. Die Verhandlungen haben zu dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Preussischen Staat wegen einer Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste geführt. Das Abkommen ist ein Staatsvertrag.

Die Stammeinlage des Preussischen Staates bei der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste ist auf 175 Millionen Reichsmark erhöht worden. Von diesem Betrage sind indessen erst 75 Millionen Rm. eingezahlt. 100 Millionen Rm. stehen noch aus. Der preussische Staat wird leider auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, weitere Einzahlungen zu leisten. Da die Preussische Zentralgenossenschaftsliste aber einer Verhinderung ihres Eigenkapitals dringend bedarf, ist es finanziell betrachtet, zu begründen, daß das Reich sich mit 50 Millionen Rm. am Grundkapital der Anstalt beteiligt.

Die Preussische Zentralgenossenschaftsliste hat sich, besonders in der Nachkriegszeit, zum zentralen Geldinstitut nicht nur des preussischen, sondern des gesamten deutschen Genossenschaftswesens entwickelt. Sie ist die wesentliche Kreditquelle zum Nutzen der ländlichen Genossenschaften. Gegenwärtig sind der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste 24 außerpreussische Verbandseinrichtungen angeschlossen. Die Verträge des genossenschaftlichen Vertrauens sind, besonders unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen, Aufgabe Preußens gewandt nur, soweit gewisse Genossenschaften in Betracht kommen. Für die außerpreussischen Genossenschaften tritt die oben erwähnte Beteiligung des Reichs zu. Die Länder haben indessen von der ihnen gebotenen Möglichkeit einer Beteiligung an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste bisher keinen Gebrauch gemacht. Es ist daher vom preussischen Standpunkte aus wünschenswert, daß dem Preussischen Staat die finanzielle Hilfe für die außerpreussischen Genossenschaften durch die Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste erleichtert wird.

In dem Abkommen hat Preußen unter Wahrung seiner berechtigten Interessen dem Reich eine entsprechende Einfluß auf die Verwaltung der Anstalt eingeräumt. Das Direktorium soll in Zukunft aus sechs Personen bestehen. Der Präsident wird von Preußen im Benehmen mit dem Reich, zwei weitere Mitglieder werden von Preußen mit dem Reich und drei weitere Mitglieder auf Vorschlag des Reiches bestellt werden.

Preußen behält seine Aufsicht- und Leitungsbefugnisse, wird sie aber im Einvernehmen mit dem Reich ausüben. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Preußen wollen letzten Endes durch eine Verhängung der beiden Regierungen ausgetragen werden.

Zur Verwendung von 50 Millionen Rm. zur Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste bedarf die Reichsregierung einer reichsgesetzlichen Ermächtigung. Sie beschäftigt daher, den Reichstag und dem Reichstag alsbald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, der möglichst noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll.

Schleppende Verhandlungen in Paris.

von Simon informiert die Vertreter des Saargebietes.

Saarbrücken, 7. Dezember.

Staatssekretär von Simon gab dem Saargebietigen einen Überblick über den bisherigen Verlauf der Pariser Verhandlungen. Die beiden Unterausschüsse für Gruben- und Zollfragen der Saarkonferenz seien in Paris über die ersten Vorpostenverträge und die Umkehrung der Aufgaben noch nicht hinweggekommen. Maßregeln würden die Verhandlungen von einer kurzen Weihnachtspause unterbrochen werden. Die Mitglieder des Saargebietes erklärten sich mit den Auskünften zufrieden. Zum Schluß wurde vereinbart, nach Weihnachten erneut zusammenzutreten.

Die „Saarbrücker Zeitung“ erklärt, wenn die Pariser Saarkonferenzen französischerseits in dem bisherigen Tempo weitergeführt werden, und wenn das Kabinett Tardieu weiter durch seine Reklameelemente gestützt bleibt, dann müßte sich bald die Frage erheben, ob es mit der Würde des Deutschen Reiches noch vereinbar ist, unter solchen Umständen eine deutsche Abordnung in Paris hinzusetzen zu lassen.

Noch Arbeiten auf weite Sicht.

Reingründung von Schulen im Saargebiet.

Saarbrücken, 8. Dezember.

Die Schulabteilung der Regierungskommission denkt wenig an ihre Reorganisation, daß sie in Dingen die Reingründung von 40 Schulleisten beschäftigt. Die nicht zu Unken der Saarkassen, sondern Preußens und Bayerns in Zukunft gehen wird.